

/// Nachgefasst

# POPULISTEN-DÄMMERUNG

**CLAUDIA SCHLEMBACH** /// Es scheint, dass sie dem Zenith der Macht näher kommen. Ihre Ergebnisse überraschen alle. Immer wieder und nachhaltig – am meisten vermutlich sie selbst: Boris Johnson – Brexitgewinner, Donald Trump – Präsidentschaftskandidat, Geert Wilders und Marine Le Pen – Premium-Trittbrettfahrer der EU-Skepsis. Aber ihre Erfolge sind die Saat ihres Niedergangs. Bedauerlicherweise werden viele Menschen darunter leiden.

Die Anhänger der Populisten, die ein besseres Leben durch einen Sprint zurück in die Glorie der Vergangenheit phantasierten, durften bereits einen Tag nach dem Referendum erkennen, dass die Zeitmaschine Sand im Getriebe hat.

Sogar der rote Bus, der wochenlang mit der Kampagnen-Aufschrift: „Statt jede Woche 350 Millionen Pfund an die EU zu überweisen, soll das Geld dem britischen Gesundheitssystem zu Gute kommen“, steht auf der Bremse. Ukip-Chef Nigel Farage, neben Johnson prominentester Brexiter, hat wenige Stunden nach Bekanntgabe der Ergebnisse erklärt, er könne nicht garantieren, dass tatsächlich so viel Geld in das Gesundheitssystem fließen wird. Zum Zeitpunkt dieses Eingeständnisses am Freitag nach der Abstimmung haben Analysten errechnet, dass weltweit fünf Billionen Dollar an Börsenwert vernichtet worden waren – das Doppelte der Gesamtleistung der britischen Wirtschaft.

Das zentrale Argument, dass England die Hoheit über die Wanderbewegungen arbeitswilliger Europäer wieder erlangen wolle, ist noch während der Auszählung der letzten Wahlkreise in sich zusammengebrochen. Wenn Großbritannien weiterhin in irgendeiner Form mit dem Europäischen Markt in Kontakt bleiben will, muss es dessen Regeln akzeptieren. Die Personenfreizügigkeit gehört eindeutig dazu! Norwegen, das gerne als Modell herhalten durfte, musste diese Freizügigkeit akzeptieren. Und zahlt darüber hinaus eine Art Eintrittsgeld, um sich an den Binnenmarkt andocken zu dürfen – ohne auch nur eine minimale Entscheidungskompetenz darüber zu haben, was mit den Geldern passiert. Das ist nun die nächste Zukunft Großbritanniens.



**Großbritannien hat die EU verlassen und dabei bleibt es auch nach Aussage der neuen Premierministerin Theresa May.**

Dieser Textvorabdruck wurde am Montag nach dem Brexit auf unserer Homepage online gestellt. Aber noch nicht einmal mit diesem schnellen Medium war es möglich, die Geschwindigkeit einzufangen, mit der die Herren Johnson und Farage ihre Hybris erkannten und die Bühne verlassen haben. Die Rücktritte kamen schnell, umfassend und im Nachhinein betrachtet waren sie nicht wirklich erstaunlich.

Als Johnson sich nach Bekanntgabe der Ergebnisse selbst feierte und meinte, dass Großbritannien die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt sei und nun zu noch mehr Größe aufsteigen werde, hatte die Moody's Corporation bereits den Hebel angesetzt und Britannien um mindestens einen Platz nach hinten ver-

rückt. Standard & Poor's hielten das bisherige AAA-Rating für nicht mehr haltbar und das Pfund rutschte auf einen Stand aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts ab. Der Abwärtstrend hält an, aber die Märkte haben sich recht schnell beruhigt und das ist ein gutes Zeichen für die Europäische Union.

**Der Brexit hat unmittelbare WIRTSCHAFTLICHE Auswirkungen zur Folge.**

Großbritannien muss nun mit allen Ländern neue Handelsverträge abschließen. Das dauert, zumal Präsident Obama bei seinem letzten Besuch in

Hannover deutlich gemacht hat, dass Großbritannien am Ende der Warteliste der Freihandelsabkommensverhandlungen stehen wird. Und unabhängig davon, ob sich das United Kingdom dann am Schweizer Modell orientieren wird oder die WTO-Bedingungen übernimmt – es wird teuer. Das Wachstum wird eingefroren, die Arbeitslosigkeit steigt und Vermögenswerte u. a. im Immobiliensektor werden vernichtet. Im Bankensektor droht eine Abwanderungswelle. Frankfurt ist als neuer zentraler Finanzplatz im Gespräch. Und das würde Großbritannien sehr treffen, denn die Finanzwirtschaft ist ein zentraler Asset der britischen Wirtschaft. Ob London als nicht EU-Mitglied weiterhin die Schaltstelle sein kann, wird sich zeigen.

Farage meinte, er habe sein politisches Ziel erreicht und wolle nun sein Leben zurück. Boris Johnson wartet vielleicht auf seine nächste Chance, nachdem Theresa May das heiße Eisen der nun notwendigen Verhandlungen in die Hand genommen hat und vielleicht auch ein paar Brandblasen bekommen wird, die sie dann angreifbar machen. Das würde gut zu der Vorgehensweise von sog. Politikern passen, die eine Atempause brauchen, wenn sie ihre Ziele erreicht haben. In diesem Fall haben sie ihr Feindbild, nämlich die Europäische Union, wegrationalisiert. Und damit funktionieren wichtige Mechanismen dieser Art politisch aktiver Menschen nicht mehr, denn nun müssten sie mit den Begriffen Schuld und Verantwortung anders umgehen. Müssten, wenn sie noch da wären. Schuldzuweisungen sind einfache Mittel, um die tatsächliche Komplexität dieser realen Situation auf eine überschaubare Linie zu reduzieren und für jedermann verständ-

lich zu machen. Die EU ist schuld und die EU war immer schuld, wenn in den letzten Jahren die Dinge auf der Insel nicht gut gelaufen sind. Jetzt eignet sie sich nicht mehr dafür, oder vielleicht doch, weil sie ja nicht kooperiert oder weil ... was auch immer. Wir werden sehen. Bei solchen vereinfachten Darstellungen bleibt immer unbeachtet, dass die Politik für ihre Handlungen Verantwortung zu übernehmen hat. Jetzt geht es darum, Verantwortung zu übernehmen und wenn die Schuldfrage dabei auftritt, ist eine objektive Analyse, die Kontinentaleuropäer eingeschlossen, das Beste.

Es gibt dazu ein paar Positionen, die wir alle berücksichtigen sollten, um die Entscheidung der Briten, die diese vielleicht in letzter Konsequenz so gar nicht gewollt haben, zu einer Chance für uns alle zu machen.

Wir sollten auf Schuldzuweisungen verzichten und stattdessen verantwortlich handeln. Großbritannien ist ein Teil des europäischen Kontinents. Sie brauchen uns und wir brauchen sie. Die Entscheidung für den Brexit ist auch eine Entscheidung gegen eine Reihe von europäischen Erscheinungen, die bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen. Europa sollte sich auf das besinnen, was es einmal war, nämlich eine Union der Sicherheit und der gelungenen wirtschaftlichen Prosperität, wenn auch nicht für alle gleich gut, aber für alle mit positivem Trend.

Verantwortung bedeutet, dass wir daran mitarbeiten, die EU zu stabilisieren und gleichzeitig zu erneuern. Edmund Stoiber fordert das eindringlich und er spricht als intimer Kenner der Szene. Er erinnert daran, was die Leitideen Europas waren und letztlich noch sind und appelliert, die Prozesse zu er-

neuern und die Institutionen zu stabilisieren. Manfred Weber, MdEP fordert die Mitarbeit an einer „Verantwortungsdemokratie“. Das sind souveräne politische Wege.

Als Teil einer Verantwortungsdemokratie kann uns das Schicksal Großbritanniens nicht egal sein. Natürlich ist es in Ordnung, wenn die EU auf einen schnellen Austritt Wert legt. Das dient auch dazu, einen Dominoeffekt zu vermeiden. Es wird der Insel in der nächsten Zeit keinesfalls besser gehen. Und je schneller sie auch die Privilegien nicht mehr haben, die ihnen die EU geboten hat, umso schneller wird sich das zeigen. Aber Verantwortung heißt eben auch mit Maß und Ziel zu agieren.

**Ungeachtet der SCHULDFRAGE sind nun Verantwortung sowie besonnenes Handeln seitens der EU gefordert.**

Angeblich hat ein Teil der britischen Bevölkerung nach der Brexit-Entscheidung erst einmal gegoogelt, was dieser Austritt denn eigentlich bedeutet. Die jungen Briten haben erst nach dem Referendum erkannt, dass ihre Stimme zählt. Mit einer Volksbefragung muss man auch umzugehen wissen. Die Schweiz hat diesbezüglich schon mehr und bessere Erfahrungen und weiß hierbei um die Wichtigkeit der Informationskanäle.

Für manche der Themen, die bei uns akut anstehen, würde man sich auch

wünschen, dass vor der Entscheidung gegoogelt würde. TTIP gehört z. B. dazu. Insbesondere in Deutschland argumentieren wir sehr intensiv mit der Absenkung unserer Standards, der Demokratiefeindlichkeit von Schiedsgerichten und der Geheimhaltung der Verhandlungen. Man muss über diese Dinge ernsthaft diskutieren und wir können keinesfalls unsere roten Linien überschreiten. Die gibt es und die Handelsvertreter der Kommission haben kein Mandat dazu, diese Linien zu überschreiten. Das wird gerne übersehen. Aber wir dürfen, v. a. mit Blick auf den Brexit, fragen, was denn nun tatsächlich passiert, wenn wir TTIP ablehnen. Verbauen wir uns die Chance, internationale Standards mit einem Partner auszuhandeln, der uns von allen anderen noch am nächsten, wenn auch nicht ganz nah ist? Können wir als Vize-Exportweltmeister tatsächlich aus diesen Verhandlungen aussteigen, ohne Idee, wie wir dann unser Wachstum weiter fördern und unseren exportorientierten und hochspezialisierten Mittelstand weiter im Rennen halten wollen, wenn der Protektionismus wieder in Mode kommt?

Wir können aus solchen Verhandlungen aussteigen, genau wie Großbritannien aus der EU aussteigen kann. Aber wenn wir verantwortlich handeln, müssen wir der Fairness halber den Menschen vorher sagen, was das bedeutet. Wenn wir uns neu erfinden müssen, weil das deutsche Geschäftsmodell Export nicht mehr funktionieren wird, müssen die Konsequenzen vorher klar sein. Das Projekt kann durchaus gelingen, aber es wird langfristig sein und erstmal zu Einbußen führen. Gute Führungspersönlichkeiten können die Bürger für diesen sicher nicht einfachen

Weg gewinnen, wenn sie ihnen eine Perspektive vermitteln, v. a. wirtschaftlich gesehen und dabei glaubhaft vermitteln können, worum es wirklich geht, nämlich nicht um das „berühmte Chlorchuhn“, sondern um Wirtschaftsnationalismus, der die Türen zumacht.

Großbritannien kann und muss sich jetzt neu erfinden und wird das sicherlich auch tun, hoffentlich auch mit unserer Unterstützung. Die Abwertung des Pfundes wird zweifelsfrei auch positive Effekte haben. Die Nachfrage nach Weingummi kann steigen und auch die nach schottischem Whiskey, also zumindest bis die Schotten ihr zweites Referendum durchgeführt haben. Die Brexiter haben das große Empire wieder beschworen, aber unterschätzt, dass sich ein wirtschaftlich geschwächtes Britannien sehr schwer tun wird, ohne die 27 Mitgliedsstaaten im Rücken in machtvollen Verhandlungen einzutreten. Sie haben es auch versäumt, die Menschen auf das kommende Tief vorzubereiten und unterschätzt, dass die Feindbildbeschwörung nur dann Menschen mobilisiert, wenn der Feind noch da ist. Mit dem Austritt aus der EU werden neue Maßstäbe an die Politik der Brexiter angelegt.

Es macht keinen Spaß zu sehen, dass die Briten sich vermutlich verrechnet haben. Zumal wir wissen, dass die Auswirkungen uns alle treffen und vorzugsweise die deutsche, um nicht zu sagen die bayerische Wirtschaft. Im Moment gibt es keinen Gewinner. Ob sich das noch ändert, hängt v. a. von der politischen Gestaltungsmacht derer ab, die die Komplexität erkennen und nicht in das um sich greifende Lager der Vereinfacher wechseln. Die Kehrseite des Populismus ist die fehlende Führungsfähigkeit der Eliten wie Reflexionsfähig-

keit und Veränderungsbereitschaft. Denn der Brexit war nicht nur eine Wahl für ein neues Großbritannien, sondern auch eine Wahl gegen das Europa, wie die Menschen es heute kennen.

Was ist der Mehrwert Europas? Wenn es die amtierenden Entscheidungsträger nicht glaubhaft verstehen, solche Visionen und Bilder zu skizzieren, wenn sie die Entfremdung von diesem Gebilde nicht mit massiven politischen Aktionen eindämmen, dann ist nicht Großbritannien das entscheidende Vorbild für einen möglichen weiteren Austritt, sondern es sind die EU-Politiker selbst.

**Es gilt nun, aus dem BREXIT das Beste sowohl für England als auch für Europa zu machen.**

Die insulare Sicht der Welt war schon immer eine andere als die kontinentaleuropäische, aber es bestand dennoch eine eigenartige Liebe. Nun ist die Scheidung da und wir werden sehen, ob und wie weit die Partner allein besser klarkommen. Wie tief der Populismus nun schon in Europa diffundiert ist, wird sich am Format der Verhandlungspartner zeigen. Bei solchen Trennungen kommt es ja nicht selten vor, dass ein Partner in den völligen Verdrängungsmodus schaltet und sein Gegenüber tabuisiert. Alles beim anderen war dann auf einmal schlecht, nur, um nicht den eigenen Teil der Verantwortung annehmen zu müssen. Solche primitiven Ab-

wehrmechanismen verdrängen die Realität. Sowohl die Insel als auch der Kontinent haben in diesen Jahren voneinander profitiert. Eine Trennung mit Stil, Anstand und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ist die angemessenste Möglichkeit, das Beste aus dem zu machen, was jetzt nun mal Fakt ist und um die Türen für eine neue Form der Beziehung offenzuhalten. ///



**/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH**

ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.